

# Laibacher Zeitung.



Nr. 59.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Samstag, 13. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom dem pensionierten k. k. Feldzeugmeister ad honores Prosper Docteur als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Freiherrnstand allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

### Verwaltungsgerichtshof.

Der mit der Vorberathung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes betraute Ausschuss des Abgeordnetenhauses ließ sich bei der Berichterstattung von folgenden Beweggründen leiten: „Der Ausschuss konnte sich den großen Vortheilen nicht verschließen, welche die verwaltungsgerichtlichen Einrichtungen Badens und Preußens dadurch gewähren, daß den Parteien schon in erster Instanz eine unabhängige Prüfung und Entscheidung ihrer diesem Gebiete angehörigen Angelegenheiten geboten wird; er konnte auch nicht verkennen, daß sich bei der in jenen Ländern getroffenen tarativen Aufzählung der verwaltungsgerichtlichen Agenden der Geschäftsumfang dieser Gerichte so wie die praktische Tragweite der neuen Institution leichter überblicken läßt.“

Dagegen muß gewiß zugegeben werden, daß die grundgesetzlich verheißene und durch die Vorlage gebotene Möglichkeit, jede Verfügung der Verwaltung nach ihrer Legalität der Prüfung eines unabhängigen Gerichtshofes zu unterziehen, vom principiellen und constitutionellen Standpunkte als sehr werthvoll zu betrachten ist.

In praktischer Hinsicht aber mußte der Ausschuss sich vor allem gegenwärtig halten, daß die Einführung eines nach Instanzen gegliederten verwaltungsgerichtlichen Organismus wie in Baden und Preußen, ohne eine gänzliche Umgestaltung unserer staatlichen und autonomen Verwaltungseinrichtungen nicht möglich wäre. Wenn nun auch das Bedürfnis nach Reformen auf diesem Gebiete und insbesondere nach der Herstellung einer größeren Harmonie unter den verschiedenartigen Organen und Organismen allgemein empfunden wird und auch bereits in den Vertretungskörpern zum Ausdruck gelangt ist, so ist es doch leider mindestens sehr unwahrscheinlich, daß bei der dadurch berührten Kompetenz der Landtage und bei der Mannigfaltigkeit der beteiligten materiellen und politischen Interessen eine befriedigende Reform und damit die Creierung eines verwaltungsgerichtlichen Organismus in naher Zukunft gelingen werde. Man steht daher vor der Alternative, entweder den durch das Staatsgrundgesetz vorgezeichneten und von der Regierung betretenen Weg einzuschlagen oder auf die Begründung der Verwaltungsgerichtsbarkeit überhaupt auf eine unbestimmbare Zeit zu verzichten.

Die Wahl schien dem Ausschusse nicht zweifelhaft, wenn er die großen Vortheile erwog, welche durch den Verwaltungsgerichtshof geboten werden.

Vor allem ist unter den gegebenen Verhältnissen, nur auf diesem Wege die Begründung eines sicheren, für jedermann leicht erkennbaren Verwaltungsrechtes sowie eine gleichmäßige von politischen Wandlungen unberührte Handhabung desselben möglich.

Der Werth eines solchen Verwaltungsrechtes, so hoch er auf jedem Gebiete anzuschlagen ist, tritt ohne Zweifel besonders im Bereiche der Finanzverwaltung hervor. Es ist bekannt, daß die gesetzlichen Normen auf diesem Gebiete durch zahlreiche Ministerialerlässe, Normalien, Regulative u. s. w. ergänzt und erläutert wurden und daß die unteren Finanzbehörden sich nach den Instructions des Ministeriums und nach den Specialentscheidungen desselben in analogen Fällen zu richten pflegen.

Wohl begreiflich ist es, daß dieses unregelmäßige für die Steuerpflichtigen sehr missliche Verhältniß, welches der gegenwärtigen Regierung in keiner Weise zur Last gelegt werden kann, zu Bedenken wegen der Consequenzen Anlaß gab, welche der unvermittelte Eintritt der Judicatur des Verwaltungsgerichtshofes ohne vorausgegangene Revision der Steuergesetze und Verordnungen mit sich führen könnte. Diese Bedenken hatten auch die Regierung, wie schon erwähnt, veranlaßt, in der ersten

Regierungsvorlage die Ausdehnung der Wirksamkeit des Verwaltungsgerichtshofes auf Steuer- und Gebührensachen von der Reform dieser Gesetzgebung abhängig zu machen. Aber so wie die Regierung diese vom Herrenhause nicht gebilligte Beschränkung von selbst fallen gelassen hat, so kann auch der Ausschuss nur vollkommen der Ansicht der Herrenhauscommission beistimmen: „daß gerade diese Partie der Verwaltungsjustiz vor allen anderen des Schutzes einer vollkommen unabhängigen Entscheidungsbehörde dringend bedürfe und daß ein Verwaltungsgerichtshof, dessen Controle gerade dieser Zweig der Rechtsprechung entzogen werden wollte, kaum in der Lage sein dürfte, eine der Bedeutung dieser Institution würdige und wahrhaft dankenswerthe Thätigkeit zu entwickeln.“

Aber auch auf dem Gebiete der autonomen Verwaltung muß die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet werden. Insofern die Entscheidungen der autonomen Organe, wie jene der Landesauschüsse in ihrem eigenen Wirkungskreise, bisher jeder weiteren Controle entzogen waren, ist es ein Postulat der Gerechtigkeit, daß den einzelnen, welche sich durch solche Entscheidungen in ihren Rechten gekränkt glauben, die Möglichkeit geboten werde, die Legalität der Entscheidungen der Prüfung eines unabhängigen Gerichtshofes zu unterziehen. Uebrigens wird durch diesen Gerichtshof auch ein Organ zur Lösung von Conflicten geschaffen, welche sich bei der bestrittenen Gesetzmäßigkeit von Verfügungen der Landesauschüsse zwischen diesen und den staatlichen Behörden ergeben können und ergeben haben und deren Austragung (mit Ausnahme der Fälle von Kompetenzconflicten) in der bisherigen Gesetzgebung nicht vorgesehen war.“

Hierauf werden die gegen die projectierte Institution laut gewordenen Bedenken widerlegt. Was die besorgte Ueberflutung des Verwaltungsgerichtshofes mit unberechtigten Beschwerden betrifft, so lassen sich dieselben nicht schwer hintanhalten. Bezüglich des Bedenkens, daß die Judicatur des Verwaltungsgerichtshofes praktisch unwirksam bleiben werde, weil demselben keine Executivgewalt zur Seite stehe, ist der Ausschuss der Ansicht, daß der Regierung eine Reihe gesetzlicher Mittel zur Durchsetzung der aus den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes sich ergebenden Ansprüche zugebote stehen. Es sei somit den Einwendungen kein Gewicht beizulegen. „Durch alle diese Erwägungen ist der Ausschuss sonach mit weit überwiegender Stimmenmehrheit zu dem Schlusse gelangt, daß die Regierung wohl daran that, sich durch die angeregten Bedenken und Schwierigkeiten in der Durchführung des mehrerwähnten Gesetzes nicht beirren zu lassen, und daß die vorgeschlagene Einrichtung eines Verwaltungsgerichtshofes als ein sehr anerkannterwerther Schritt zum Ausbaue unserer verfassungsmäßigen Institutionen und zur Entwicklung unseres öffentlichen Rechtes zu begrüßen sei.“

## Reichsrath.

### 126. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. März.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemiakowski.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionsrath Chertel.

Der Herr Ackerbauminister in Vertretung des Handelsministers, überreicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Registrirung der Seehandelschiffe, nebst Motivenbericht zur verfassungsmäßigen Behandlung.

Abg. Graf Coronini und 23 Genossen richten an das Gesamtministerium folgende Interpellation:

„Der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit dem Königreiche Italien vom 23. April 1867, beziehungsweise das Zusatzabkommen, betreffend den Eisenbahnverkehr, verfügt im Art. 1, daß auf der Strecke Udine-Torviscosa die auf österreichischem Gebiete gelegene Eisenbahnstation Cormons als internationale Wechselstation und als Standort des gemischten (internationalen Grenzamtes) bestimmt wird und im Art. 2, daß die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet sind, die hierzu erforderlichen Gebäude herzustellen, sowie daß über die damit zusammenhängen-

den Nebenfragen besondere Verhandlungen gepflogen werden sollen. Es hat indessen den Anschein, als wenn in dieser Angelegenheit die häufig wiederkehrende Erfahrung gemacht werden müßte, daß die österreichischen Interessen auswärtigen Staaten und mächtigen Gesellschaften gegenüber nicht die genügend kräftige Vertretung finden, da seit dem Abschlusse jenes Vertrages nahezu acht Jahre verflossen sind, ohne daß zum großen Nachtheile des österreichisch-italienischen Verkehrs die vorangeführten Bestimmungen, welche doch eine Begünstigung des österreichischen Gebietes überhaupt und eines österreichischen Grenzortes insbesondere enthalten, ins Leben getreten, oder auch nur ihrer Verwirklichung nahe gerückt werden.

Aus diesem Grunde beehren wir uns an das Gesamtministerium die Anfrage zu stellen: 1. Durch welche Gründe sich die bedauerliche Verzögerung in Ausführung der in Rede stehenden Bestimmungen des österreichisch-italienischen Vertrages vom 23. April 1867 rechtfertigen lasse? 2. Ob die Regierung gewillt sei, mit ihrem ganzen Einflusse auf die endliche schnelle Ausführung des selben hinzuwirken?“

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Specialdebatte über das Gebäudesteuergesetz. Zuerst ergreift der Berichterstatter Dr. Beer das Wort zu § 18 und die heutige Berathung über diesen Gesetzentwurf gebiet bis zum § 22.

Abg. Freiherr v. Kellersperg und Genossen stellen folgenden Antrag:

„1. Der § 12 des Grundsteuergesetzes sei dahin abzuändern, daß die Commission ihre Entscheidungen mit Stimmenmehrheit fälle und der Vorsitzende nur bei gleicher Stimmenanzahl zu entscheiden habe u. s. w.

2. Dieser Gegenstand sei auf die heutige Tagesordnung zur ersten Lesung zu setzen und dem Steuerreformauschusse zuzuweisen.

Dieser Antrag wird mit der hiezu nöthigen Zweidrittel-Majorität angenommen.

## Zur Action des ungarischen Ministeriums.

Das neue Cabinet erließ unterm 2. d. M. nachstehendes Rundschreiben an sämtliche Comitats-, Stuhls-, Districts- und städtischen Communitäten:

Zufolge allergnädigster Entschliessung Sr. kaiserlichen und apostolischen königlichen Majestät zur Regierung des Landes berufen, beeilen wir uns, dies und daß wir die Regierung bereits übernommen haben, der (Comitats-, Stuhls-, Districts- oder) Stadtcommunität amtlich bekanntzugeben.

Gewiß sind der Communität die Verhältnisse des Landes bekannt; — bekannt die schwierigen Umstände, unter welchen wir die Regierung zu übernehmen für unsere patriotische Pflicht hielten.

Es war und ist auch heute unsere Ueberzeugung, daß so ernsten Finanz- und Verwaltungsalamitäten, wie die, unter denen wir leben, nur in der Weise rasch und radical abgeholfen werden könne, wenn zu diesem Zwecke alle diejenigen Patrioten sich vereinigen, welche über die von jenem Gesichtspunkte aus dringenden und brennenden Fragen unter sich einverstanden sind.

Eben deshalb hielten wir es vor allem für unsere Pflicht, diese Vereinigung zu fördern, und halten es auch für eine unserer weiteren Aufgaben, dahin zu wirken, daß dieselbe sich consolidire und daß sie allgemein werde.

Auch einstweilen indessen, bis die Gesetzgebung auf diesem Wege im allgemeinen Interesse die nöthigen Verfügungen treffen kann, ist es unsere Pflicht, die bestehenden Gesetze energisch zu vollstrecken und vollstrecken zu lassen.

Die Achtung vor dem Gesez ist die allein sichere Grundlage aller Staaten; — eine gute Verwaltung, Sicherheit der Person und des Eigenthums ist das unerläßliche Postulat für die Wohlfahrt des Vaterlandes und die Zufriedenheit der Landesbürger; — daß der Staatshaushalt in Ordnung sei, ist unabwiesliche Bedingung für den Fortbestand eines jeden Staates, und es ist für uns eine unabwiesliche Aufgabe; in betreff alles dessen im eigenen gesetzlichen Wirkungskreise alles zu thun, was in unseren Kräften steht, und darüber zu wachen, daß auch andere in diesem Betreff alles thun, was im Sinne der Gesetze zu thun ihre Aufgabe ist.

Wir zweifeln nicht daran, daß wir bei der Communität in dieser Hinsicht der größten Bereitwilligkeit begegnen und alle die Unterstützung finden werden, welche zur Erreichung dieses Zieles unumgänglich erforderlich ist und welche zu erwarten und zu verlangen unser im Gesez begründetes Recht, ja unsere Pflicht ist.

In unserem Vaterlande ist die öffentliche Verwaltung in vielen Stücken auf die Autonomie basiert; wir wünschen, daß dies in noch größerem Maße der Fall sein könne; dieser unser Wunsch ist jedoch in einer den Interessen des ungarischen Staates entsprechenden Weise nur so erfüllbar, wenn wir in jedem der Municipien Achtung vor dem Gesetz und Bereitwilligkeit zu rascher und energischer Vollstreckung der gesetzlichen Verordnungen finden.

Indem wir unsererseits dies der Beachtung der Communität empfehlen, erklären wir, daß wir — wie das unsere Pflicht ist — stets die Rechte der Individuen, Corporationen und Jurisdictionen in Ehren halten, zugleich aber darüber wachen werden, daß auch die Individuen, Corporationen und Jurisdictionen nach dem Gesetze ihre Pflicht erfüllen.

## Zum Rücktritt des deutschen Reichskanzlers

bemerkt der berliner Correspondent der „Köln Ztg.“: „Was ich Ihnen am 15. und 19. Februar geschrieben, trifft noch heute zu. Eine Aenderung der Sachlage hat seither nicht eintreten können. Dagegen ist dieselbe vielfach verdunkelt worden, man hat versucht in Zweifel zu ziehen, daß Fürst Bismarck daran denke oder gedacht habe, seine Aemter niederzulegen.“

Mit der Verbreitung der beunruhigenden Nachricht sollten allerhand Absichten verbunden gewesen sein, die ihre Spitze angeblich gegen die eine oder andere Seite gerichtet hätten, oder es wurde eine besondere Verstimmung fingiert, woraus nur für den Augenblick der Gedanke des Rücktritts entstanden wäre. Endlich dienten die freundlichen Eindrücke, welche die Gäste des Fürsten bei dem parlamentarischen Diner vom 1. d. empfangen hatten, dazu, sein Befinden als ein überraschend günstiges darzustellen. Dies alles nöthigt uns, auf den Gegenstand nochmals zurückzukommen.

Wir dürfen versichern, daß nichts besonderes vorliegt, was eine Verstimmung hervorzurufen geeignet gewesen wäre. Eben so wenig kann die Rede davon sein, daß irgend ein Zweck hat erreicht werden sollen durch ein bloßes Vorgehen oder gar Androhen intendierten Rücktritts.

Die Thatsache ist nicht hinwegzuleugnen, daß der Kanzler leidend ist und daß es sich in nächster Zeit, wenigstens im Laufe des Sommers, entscheiden muß, ob er sich den Obliegenheiten seiner hohen Stellung gewachsen fühlt oder nicht. Von dem Aussehen oder wirklichen Wohlbefinden des Gastgebers an einem Gesellschaftsabend wird eine vernünftige Diagnose nicht herzu-  
leiten sein, am wenigsten bei dem notorischen Nervenleiden des Kanzlers. Es genügt, daß an jenem 1. März, an welchem das Diner zu Ehren des Hauses der Abgeordneten stattfand, ein Tagewerk vorangegangen war, das eine wohlthuernde Wirkung hervorgebracht hatte, um den Fürsten, dessen Lebensgeister jede Arbeit, die sich verbietet, zu steigern geeignet ist, wie einen Gesunden erscheinen zu lassen.

Eben so voreilig würde es sein, den Zustand des Ministers nach den Eindrücken eines der schlimmeren Tage, an denen er durch unnütze Plagen kleinlicher Verhältnisse und ärgerlicher Zwischenfälle sich gedrückt fühlt, beurtheilen zu wollen. Nervenkrank, wie er ist, nimmt

er das Gute, das sich bietet, froher wie zehn Jahre zuvor, und läßt sich vielleicht andererseits durch Widerwärtiges mehr deprimieren oder irritieren als es an sich werth sein mag. So hat denn allerdings in letzter Zeit die päpstliche Enchlyka nicht verfehlt, anregend, kräftigend und erfrischend auf den Reichskanzler einzuwirken.“

## Politische Uebersicht.

Laibach, 12. März.

Der ungarische Ministerpräsident Baron Bela Wenckheim ist nach Wien abgereist, um Sr. Majestät über die neuesten Vereinbarungen des Cabinets hinsichtlich der zu befolgenden Finanzpolitik Bericht zu erstatten. Der ungarische Minister des Innern hat auf dem Territorium des Békés-Comitats das Statutalverfahren gegen Räuber, Raubmörder, Brandstifter und deren Complicen auf die Dauer eines Jahres angeordnet.

Das Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstages hat über Antrag des Finanzministers die Gesetzentwürfe über die Inarticulierung des letzten Anlehens, über Ausfolgung der Gyalner Kronherrschaft, über Licenzen zur Einfuhr ausländischen Tabaks, über Revision des Pungierungsgesetzes und über die Stempelgebühren der Urtheile des Bórschiedsgerichtes dem Finanzausschusse zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen.

Die Nachrichten über das Befinden Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, der sich eine Erhaltung zugesprochen hatte, lauten ziemlich befriedigend. Seine rasche Erholung wird umsomehr gewünscht, als für die nächste Zeit der Besuch hoher fürstlicher Gäste angemeldet ist. In acht Tagen gedenkt nemlich die Kaiserin von Rußland auf ihrer Rückreise von San Remo in Berlin einzutreffen und Rast zu machen.

Wie verlautet, wird die preussische Regierung während dieser Landtagsession keine weiteren antikericalen Gesetzentwürfe einbringen, indem sie überzeugt ist, daß die bis jetzt ergriffenen anti-kericalen Maßregeln ausreichen.

Unter den neuernannten Ministern Frankreichs befinden sich meist Namen solcher politischer Bedeutung, daß es wohl nicht notwendig erscheint, deren bisherige politische Laufbahn zu skizzieren. Weder Buffet noch Dufaure oder Leon Say sind neue Männer. Der neue Unterrichtsminister Wallon, im eigentlichen Sinne der Vater der republikanischen Verfassung vom 25. Febr., ist Historiker und angeblich Gallicaner, was insofern, als er auch das Cultus-Departement zu verwalten hat, von Bedeutung wäre. Wallon ist ein intimer Freund des republikanischen Deputierten Schoelcher und arbeitete mit diesem im Jahre 1848 an der Abschaffung der Sklaverei. Als Mitglied der Legislative gab er am 31. Mai 1850, als diese das allgemeine Stimmrecht aufhob, seine Demission. In der gegenwärtigen Kammer hat Wallon am 24. Mai gegen Thiers gestimmt, vor kurzem jedoch im Vereine mit Favergne eine Anzahl liberaler Orleanisten der republikanischen Partei zugeführt.

Holland, Belgien und die Schweiz haben betreffs der petersburger Conferenz noch keinen offiziellen Beschluß gefaßt, sind aber so gut wie gewillt, der Einladung Rußlands zu entsprechen. Dabei ist aber die Stim-

mung in den drei Ländern der unbedingten Annahme der russischen Vorschläge nicht günstig; namentlich der Satz, daß eine occupierende Armee im feindlichen Lande die juristische Hoheitsrechte der executive Gewalt haben soll, erregt bei ihnen Bedenken. Sie glauben, daß in dem Punkte Modificationen zu verlangen seien, und wollen sich jedenfalls gleich bei Bescheidung der Conferenz die Freiheit ihrer endlichen Entscheidung wahren.

Die russische Regierung hat der päpstlichen Enchlyka, in welcher der Jubiläumsablaß verkündet wird, das ihr zustehende Placet versagt. Was die bereits durch Militärgewalt zur „freiwilligen“ Unterwerfung veranlaßten griechisch-unierten Gemeinden angeht, so finden diese ebenso freiwillige Nachfolge. Man hofft in Petersburg binnen drei Monaten alle unierten in orthodoxe Russen umgefärbt zu haben.

## Tagesneuigkeiten.

### Ueber Acclimatization und Samenwechsel

legt Professor F. Haberlandt im „Oesterr. Landw. W. Bl.“ folgende Ansichten nieder:

„Es giebt auf dem Gebiete des Pflanzenbaues kaum eine Frage, welche so hohes wissenschaftliches und praktisches Interesse darbietet, als jene über die Acclimatization der Kulturpflanzen und den Samenwechsel. Kaum gibt es aber auch ein schwieriger zu behandelndes Thema, denn jede Kulturpflanze ist ja mit all ihren Eigenschaften und Besonderheiten ein Ausdruck aller ihr zutheil gewordenen Wachstumsbedingungen, und hat die Acclimatization keine geringere Aufgabe als die, die Einflüsse der einzelnen Factoren auf die Entwicklung aller Theile der Pflanzen zu studieren und festzustellen. Wenn es nun feststeht, und niemand zweifelt daran, daß das Sammentorn gewisse uns erwünschte Eigenschaften auch auf die nachfolgenden Generationen zu übertragen imstande ist und daß die Vererbung dieser Eigenschaften um so deutlicher hervortritt, je geringere Schwankungen die äußeren Bedingungen der Entwicklung erfahren haben, so wird man gewiß auch zugestehen, daß Acclimatization und Samenwechsel seitens der Landwirthe recht eingehende Berücksichtigung verdienen.“

Zweierlei Ansichten sind zunächst zu berühren, welche, auf sorgfältig durchgeführte Vegetationsversuche stützend, einander völlig zu widersprechen scheinen. Die eine wurde von Schubeler, die andere von mir ausgesprochen. Schubeler nimmt an, daß der hohe Norden früher reisende Getreidepflanzen erzeuge; nach ihm verbessert sich ferner die Qualität der Körner nördlicher Samen, welche im Süden zum Anbau gelangen, während umgekehrt ein Anbau südlicher Samen in höheren Breiten einen Rückschritt seiner Qualität wahrnehmen lasse. Ich dagegen sprach mich, wenn es sich um Samenwechsel handeln sollte, für den Körnerbezug aus südlichen Gegenden aus, indem ich bei vergleichenden Versuchen mit Getreide aus nördlichen und südlichen Gegenden sowohl bezüglich der früheren Reife wie der Qualität stets bessere Erfolge mit südlichem Saatgut erzielte.

Prof. Dr. Könicke, der in Beziehung auf die Variationen unserer Kulturpflanzen einen eben so scharfen Blick als große Erfahrung besitzt, wirft meinen Anbauversuchen mit Unrecht vor, daß sie nur einmal gemacht worden sind. Denn meinen ersten Beiträgen zur Frage

## Feuilleton.

### Ein Millionär.

Roman von Fanny Klind.  
(Fortsetzung.)

Weder der alte Mann, noch der Verwundete hatten sich von der Stelle gerührt. Der letztere fuhr mit den Händen in der Luft herum und seine bleichen Lippen stießen ununterbrochen Verwünschungen und Drohungen aus.

„He, Schurke!“ schrie er, die Faust grimmig ballend, Dr. Gutherz entgegen. „Kommst du mir nochmals in den Weg? Alles, was mit der Förstersippchaft zusammenhängt, muß aus dem Wege geräumt werden und wenn mir der Gutsheer auch schließlich den Garaus macht. Meinethwegen mag er thun, wenn er kann, aber so leicht gehts nicht. Meint der Narr, daß sein Schwager zugeben würde, daß man den Friedrich Helms ins Zuchthaus bringt? He! he! wollt auch noch ein Wort dazwischen reden und ihn schließlich zwingen, daß er doch nach meiner Pfeife tanzen muß. Da, dies — und das,“ fügte er hohnlachend hinzu, nach seiner zerfetzten Hand und der blutenden Stirn greifend, „soll eine Geldquelle für mich sein — eine unerlöschliche Geldquelle.“

Martha schrak bei diesen Worten des Verwundeten leicht zusammen. Sie sah besorgt von dem Arzte, in dessen Gesicht sich auch nicht die kleinste Veränderung zeigte, auf Friedrichs glühendes Antlitz. Dr. Gutherz konnte nur mit der äußersten Mühe den Kranken bändigen, aber in seiner Stimme mußte etwas seltsam Beruhigendes liegen — Friedrich wurde nach und nach fassam wie ein Kind, und selbst als der Doctor die Hand untersuchte und ihm gewiß bei der Berührung nicht unbedeutende Schmerzen verursachte, äußerte er dieselben nur durch Wimmern und Achzen. Dann machte

sich der Doctor ohne ein Wort an die Arbeit. Er verlangte von Martha nichts als Wasser — alles zum Verbande Nöthige hatte er in einer kleinen Tasche, welche er stets bei sich führte.

In kaum einer Viertelstunde war der Verband angelegt.

„Ich hoffe, daß dem Manne die Hand erhalten bleibt,“ sagte er dann, „aber die Stirnwunde bedarf einer sorgfamen Pflege. Sie werden hier Eis haben, es ist ja Wasser in allernächster Nähe.“

„Eis genug!“ seufzte Martha.

Der Doctor verstand diesen Ausruf; aber auch ohne diesen hatte er bereits gesehen, daß es hier am allernothwendigsten fehlte. Hilfe that noth und zwar schnelle Hilfe.

„Holen Sie Eis,“ sagte er.

Kaum fünf Minuten später erschien Martha mit einem irdenen Gefäße voll Eis. Dr. Gutherz zeigte ihr, wie sie die Umschläge zu machen habe; sie begriff sehr leicht.

Der Verwundete war mittlerweile bereits wieder unruhiger geworden. Er richtete sich auf und saß mit glühenden Wangen da. Selbst die Stimme des Doctors hatte jede Macht über ihn verloren.

„So, meinen Sie? — Wenn Sie sich da nur nicht in einem großen Irrthum befinden — Sie sehen mich wohl für toll an. Wo ist das Kind? Wo haben Sie es hingebracht? Ihre Frau hat es der Martha gegeben und anstatt es uns wegzunehmen, sollten Sie das Kostgeld erhöht haben. Was sind für Sie hundert Thaler? Gar nichts, auch nicht das mindeste, noch dazu, wenn es für ein Kind bezahlt wird, welches so sorgsam den Augen der Welt verborgen bleiben muß? Glauben Sie, wir hatten nicht Last genug von dem Kinde gehabt? Meinen Sie, wir wären nicht mit neidischen Augen genug angesehen, als dies Kind auf einmal vom Himmel herabgeschneit war? Und dann diese Heimlich-

keit, nicht den Namen des Knaben sollten wir nennen, nicht, woher er kam, wer uns denselben gebracht —“

„Friedrich! Friedrich! besinne dich!“ schrie Martha, welche bis dahin den Worten ihres Mannes mit dem höchsten Entsetzen gefolgt war, indem sie ihre Augen vollendloser Angst auf den Verwundeten richtete.

„Ja, ja — schweigen will ich doch nicht, wenn du auch drohst. Sagen will ichs doch, weß Geistes Kind es ist, um dessen willen wir alles verloren — unsere Ehre, unsere Habe, ja zuletzt unser Brot. Ich bleibe dabei, du brauchtest mit dem Jungen gar nicht so viel Staat und Aufwand zu machen. Der hat nicht einmal einen ehrlichen Namen, und dem fauberen Herrn wärs gerade recht gewesen, wenn er aus der Welt gegangen wäre, dann hätte er eine große Last vom Halse gehabt und eine große Sorge. Die Martha ist dumm gewesen. Anstatt den Jungen in das beste Zeug zu stecken, hätte sie was anderes thun sollen, dann wäre der Herr nicht ärgerlich gewesen und brauchte ihn keiner anderen Person zu geben, die gewissenhafter ist, seine Wünsche zu erfüllen. Dann könnten wir noch heute von Herrn Hochheimers Gelde —“

„Ach, Herr Doctor, beachten Sie nur um Gottes willen nicht, was mein Mann im Fieber spricht,“ bat Martha.

„Fieberphantasien,“ sagte Dr. Gutherz trocken, und es gelang ihm vortrefflich, seinen urplötzlich erweckten Gedankengang vor Martha's Augen zu verbergen. Die letzten Worte des Verwundeten hatten ein Ereignis in der Erinnerung des Doctors wachgerufen, welches bereits allmählich durch die Zeit verwischt war. Er hörte den Namen Otto Hochheimer gewiß nicht zum ersten male, er hatte ihn hundertmal früher gehört. Wer sollte ihn nicht kennen, den angesehenen Millionär? Und doch, im nächsten Moment war schon der gute Doctor geneigt, über seine Phantasien zu lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

über die Acclimatisation der Pflanzen im Jahre 1864 folgten neue Beiträge über den Samenwechsel im Jahre 1866, ferner im Frühjahr 1873 ausführliche Mittheilungen über Anbauversuche mit zahlreichen Maisarten, welche aus südlichen und nördlichen Gegenden bezogen worden waren. Sonach sind es dreijährige Anbauversuche, von welchen die beiden letzteren in Deutschland nicht bekannt geworden sein dürften, auf welche sich meine Ansichten gründen und die ich im nachstehenden kurz darzulegen beabsichtige.

Die Frage, in welcher ich mich mit Schübeler im Gegenjag befinde, bezieht sich zunächst auf die frühere oder spätere Reife. Es fragt sich mit einem Worte, ob im Norden oder im Süden mehr Bedingungen zur Hervorbringung frühreifender Spielarten sich zusammenfinden. In meinen beiden letzten Publicationen habe ich hervorgehoben, daß hauptsächlich nachfolgende Umstände frühreifende Spielarten hervorbringen: geringe jährliche Niederschläge; Regenmangel im Frühjahr und Sommer; rasch ansteigende Wärme im Frühjahr, welche den Uebergang zum Sommer beschleunigt oder überstürzt; günstige Insolation infolge eines fast stetig heiteren Himmels, eine nach Süden geneigte Lage, welche die Intensität der Insolation, sowie die Erwärmung des Bodens gleich sehr begünstigt; endlich Armuth des Bodens an Pflanzen-Nährstoffen.

Andererseits werden spätreifende Sorten zu Stande kommen; unter dem Einfluß größerer Feuchtigkeit der Luft und des Bodens sei diese durch Niederschläge oder künstliche Bewässerung bewirkt; unter dem Einfluß einer geringeren Wärme, eines langen, kühlen Frühlings und Sommers, endlich infolge einer großen Fruchtbarkeit des Bodens, welche, mit großer Feuchtigkeit combinirt, manche Kulturpflanze nur ihre Vegetationsorgane in außerordentlicher Ueppigkeit entwickeln läßt, ohne sie zum vollkommenen Reifen gelangen zu lassen.

Es ist nicht zu verkennen, daß sowohl im Süden wie im Norden sich die Bedingungen derart vereinigen können, daß dort wie hier frühe oder späte Sorten zu entstehen vermögen. Insofern widersprechen sonach Schübeler's Versuche den meinigen nicht, vielmehr ergänzen sich beide in harmonischer Weise. Es fragt sich nun: wo treten diese oder jene Umstände im potenziertesten Grade auf, wo ist ihr Zusammenwirken ein derartiges, daß die frühest reifende Spielart irgend einer Pflanzen-species entstehen kann? Ich glaube, daß diese genau präcisierte Frage nach den gegenwärtigen Erfahrungen und auf Grund meiner und der Schübeler'schen Versuche nicht gelöst werden kann, bin aber überzeugt, daß es viele Gegenden in den verschiedensten Breiten auf der Erde geben mag, welche bezüglich der Erzeugung frühreifer Sorten zu wetteifern vermöchten.

Meine zahlreichen, durch drei Jahre unter sehr günstigen Verhältnissen mit großer Sorgfalt ausgeführten Anbauversuche ließen mich ferner erkennen:

1. Daß Saatgut, aus feuchten Klimaten bezogen, verhältnismäßig mehr Stroh und weniger Körner liefert;
2. daß solches aus trockenen Wachstumsgebieten mit kurzem Frühjahr und heißem Sommer geringeren Stroh- und verhältnismäßig reicheren Körnerertrag gewinnen lasse;
3. daß letzteres Saatgut an irgend einem Orte kultivirt, besser den Einflüssen der Trockene zu widerstehen vermöge;
4. daß die Qualität der Körner und ihr Gehalt günstiger beeinflusst werde, wenn Saatgut aus Ländern mit continentalem Klima in feuchteren Gegenden zum Anbau kommt, als wenn umgekehrt ein Samenwechsel aus einem feuchten Gebiete für eine trockene Gegend besorgt werde;
5. daß Getreide aus regenreichen Ländern leichter der Lagerung unterworfen sei;
6. daß Saatgut aus Gegenden mit strengen Wintern, also continentalen Lager weniger der Gefahr des Auswinterns preisgegeben sei, als wenn solches aus feuchtem Klima mit milden Wintern nach Osten verpflanzt werde;
7. continentales Klima reift kleine hornige Getreidefrüchte, mit überreichem Inhalte und specifisch schwereren Körnern; kühle feuchte Sommer hingegen oder künstliche Bewässerung und vermehrter Reichthum des Bodens an Pflanzennährstoffen vergrößern das Korn, lockern den Inhalt, der statt glasig, mehlig erscheint, und verringern das specifische Gewicht zugleich mit der Menge stickstoffhaltiger Bestandtheile;
8. ich fand schließlich, daß der Gegensatz zwischen Winter- und Sommerfrucht um so mehr schwindet, in je südlichere Gegenden man gelangt. Wintergetreide aus Gegenden über dem 45. Grad nördlicher Breite gelegen, wird, bei uns im Frühjahr angebaut, in demselben Jahre nicht mehr zum Schofen gelangen, aus niederen Breiten bezogen, aber bei uns sich ebenso verhalten wie das Sommergetreide.

Ich erachte diese Folgerungen für unanfechtbar und glaube nicht, daß die von Dr. Wittmack in Berlin geplanten Anbauversuche mit Getreide aus südlichen oder nördlichen Bezugsorten wesentliche Modificationen derselben herbeiführen werden. Immerhin sind noch weitere Beiträge zur Aufhellung dieser wichtigen Frage höchst

wünschenswerth; handelt es sich ja nicht bloß um allgemeine Wahrheiten, sondern auch um specielle Erfahrungen über den Werth des Saatgutes aus bestimmten Bezugsorten mit Bezug auf bestimmte Eigenschaften.

Noch gedenke ich hier einiger Ansichten, welche Griesbach in seinem classischen Werke über die Vegetation der Erde nach ihrer klimatischen Anordnung bezüglich der Bildung früherer Mais-Spielarten in Amerika ausdrückt, und welche, kurz zusammengefaßt, dahin lauten, daß in Amerika die Fähigkeit schnell reisende Maisarten zu erzeugen, in viel höherem Grade vorhanden sei als in Europa, wo die Versuche, aus amerikanischen Sorten Spielarten von kurzer Vegetationsdauer zu erzielen, bis jetzt keinen Erfolg gehabt hätten.

Dies kann wohl nur Geltung haben bezüglich spät reisender Sorten des sogenannten Pferdezaun-Maises, der gewiß innerhalb weniger Jahre die Eigenschaften früh reisender Sorten nicht annehmen wird, deshalb auch durchaus nicht für Gegenden mit geringer Sommerwärme paßt. Allein es kann Griesbach's Ansicht keine allgemeine Gültigkeit haben insofern die in Europa vorkommenden, seit undenklichen Zeiten hier kultivirten Maisvarietäten gegenüber den amerikanischen irgend zurückstehen sollten. Denn in Europa sind die Anbau-, Boden- und klimatischen Verhältnisse noch verschiedenartiger als in Amerika und sind die zahllosen Maisspielarten Europa's gewiß nur zum kleinsten Theile aus Amerika importirt worden, vielmehr größtentheils in Europa selbst entstanden. Auch in unserm Erdtheil gibt es früh- und spätreisende indigene Maisarten, die an Kürze der Vegetationszeit sich mit den kurzlebigen Amerikaner's vergleichen dürfen, andererseits kommen auch hier so großkolbige, hoch aufstrebende Sorten vor, welche ebensoviel Wärme wie die Pferdezaunmaise erfordern.

— (Vom A. h. Hofe.) Se. Majestät der Kaiser haben am 10. d. Audienzen zu erteilen geruht.

— (Sonnet.) Im wiener Hofopertheater concertirt wie das „N. Fremdenblatt“ erzählt, folgendes Sonnet: Dr. Gieska ist infolge der letzten Ereignisse so verstimmt, daß er sich von nun an „Geskra“ (ges-kra) nennen will.

— (Aus dem Vereinsleben.) An der grazer Universität wurde ein mathematisch-physikalischer Verein gegründet. Derselbe bezweckt, wie die „Grazer Zeitung“ meldet, die Pflege der beiden Wissenschaften Mathematik und Physik und sucht diesen Zweck zu erreichen durch Vorträge aus den genannten Fachwissenschaften, durch Sammlung zweckdienlicher Lehrmittel und durch Verbindung mit Vereinen von gleicher wissenschaftlicher Tendenz.

— (Praktische Erfindung.) Hauptmann Pistotnik in Graz, seit einer Reihe von Jahren bekannt durch seine zahlreichen Erfindungen im Gebiete der Mechanik, hat nun für die Musikschule des Herrn J. Stolz Stühle, Schemel und ein Aufsteckpult für das Notenaufliegen construirt, welche Objecte alle nach Bedarf höher oder tiefer gestellt werden können und sich als vollkommen praktisch erweisen sollen.

— (Künz Todesurtheile.) Die Geschwornen haben vor kurzem in Lemberg fünf des Mordes angeklagte Bauern schuldig erkannt. Sämmtliche Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang verurtheilt.

— (Ausmünzung im Jahre 1874.) Bei dem königlich ungarischen Münzamt zu Kremnitz wurden im Jahre 1874 ausgemünzt: An Goldmünzen 240,349 Achtguldenstücke (20 Francs) und 8229 Vierguldenstücke (10 Francs), zusammen 248,588 Stück im Werthe von 1.980,235 fl. 35 kr.; dann an Silbermünzen 2.081,702 Guldenstücke; ferner an Silberseidenmünzen 1.328,713 Zehnkreuzerstücke im Betrage von 132,371 fl. 30 kr. Der Gesamtbetrag der Ausmünzung in Kremnitz ist demnach 4.194,308 fl. 65 kr. Die Ausmünzung bei dem k. k. Hauptmünzamt in Wien belief sich auf 5.446,872 Stück im Betrage von 10.181,842 fl. 93 kr., so daß also der Gesamtbetrag der Ausmünzung im Jahre 1874 sich mit 9.100,875 Stück und 14.376,151 fl. 58 kr. bezieht.

— (Zur Badesaison.) Aus Gili wird geschrieben: „Mit dem Herankommen des Frühlings rüstet sich Gili zum Empfang der Fremden, die hier in den letzten zwei Jahren immer zahlreicher erschienen, um die sehr heilsamen Bäder der Sann zu gebrauchen und die Milde des Klimas auf ihre Nerven einwirken zu lassen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die Stadt nach und nach zu einem besuchten Kurorte werden wird, nur ist dazu unerlässlich, daß den sanitären Rücksichten gewissenhafte Beachtung geschenkt werde.“

— (Ueberschwemmungsgefahr in Böhmen.) Telegramme aus Prag melden aus den Elbe- und Moldauegenden rapides Steigen des Wassers. Selbst kleinere Flüsse sind bedeutend angeschwollen, so daß Ueberschwemmungsgefahr droht. Der prager Eisstoß ist bereits abgegangen.

— (Für Klavierspieler.) Herr Hermann Wagner, Pianoforte-Fabrikant in Stuttgart, ist es gelungen, an seinen mit Saitenrahmen versehenen Pianinos, deren Saitenlage durch Spreizen unterbrochen ist, eine Einrichtung zu treffen, durch welche es ermöglicht ist, ein und dasselbe Musikstück ohne die Kunst des Transponierens und Supponierens in 7 verschiedenen Tonhöhen zu spielen, indem man das Tastenwerk um drei halbe Töne sowohl aufwärts als abwärts verschieben kann. Herr Wagner hat sich seine Erfindung bereits patentieren lassen.

— (Mormonen in Deutschland.) Das mannheimer „Tagblatt“ berichtet: „Der Mormonen-Prediger Ehying aus Utah hat sich hier niedergelassen, um im Sinne seiner Secte für die Ausbreitung der mormonischen Glaubenslehre (unter anderem auch die Vielweiberei) zu wirken. Dem Vernehmen nach soll es dem Mormonen-Apostel gelungen sein, hier schon einige dem Arbeiterstande angehörende Anhänger für seine Lehre zu gewinnen.“

Die Staatsbehörde hat ihm jedoch die fernere Propaganda auf dem hiesigen Plage untersagt, sowohl weil die mormonische Glaubenslehre mit unseren Gesetzen nicht vereinbarlich erscheint, als auch weil mit der Propaganda für dieselbe notorisch die Verleitung zur Auswanderung verbunden ist.“

— (Ein Künstlerjubilant.) Die „France“ meldet: „Am 16. d. M. feiert in Paris der Maler Waldeck seinen hundertsten Geburtstag. Baron Waldeck wurde unter König Ludwig XV. im Jahre 1766 geboren. Er lebte demnach unter den Regierungen von Ludwig XVI., der Revolution, des Directoriums, des Kaiserreichs, der Restauration, jener vom Juli 1830, von Louis Philipp, von 1848, des zweiten Kaiserreichs, der September-Revolution, der Commune, von Herrn Thiers und des Septennats unter beiden Formen. Herr v. Waldeck beschäftigt sich trotz seines ungewöhnlich hohen Alters noch immer mit Studien über Malerei.“

— (Zur Frage der Leichenverbrennung) theilt das „Journal de Toulouse“ folgendes mit: „Professor Desens hat eine Erfindung gemacht, welche bestimmt ist, die Urnen zur Aufbewahrung verbrannter Menschen überflüssig zu machen. Der genannte Naturforscher nimmt die erkaltete Asche, zerkleinert dieselbe in einem Mörser von Bismuthschmelze, feuchtet sie hierauf mit einer kleinen Quantität Wasser an und setzt das so erhaltene Präparat in der hydraulischen Presse einem ungeheuren Druck aus. Die Asche erhärtet alsbald zu einem festen, marmorartigen Stein von großer Glätte, auf den Name, Datum des Todes, ein Nachruf u. dgl. m. mit unauflöslicher Tinte geschrieben werden können. Auch lassen sich Porträte der Verstorbenen in Bronze schneiden, die als Matrizen dienen zur Herstellung von brochenartigen Medaillons, die man an einer Kette um den Hals tragen oder als Busennadel vorstrecken kann. Diese letztere Art der Verwendung von Leichenasche dürfte eine große Zukunft haben, da sinnigere und werthvollere Familiengeschenke kaum zu denken sind, als die tragbaren Porträte geliebter Verstorbenen aus ihrer eigenen Asche angefertigt.“

— (Ein Riesenhaisfisch) wurde unlängst bei Bontnor auf der Insel Wight ans Land geworfen. Die Länge desselben beträgt 28' 10", der Körperrumfang 15', die Kopflänge 6' 10". Man hielt das Ungeheuer zuerst für einen Wallfisch, wahrscheinlich aber gehört er der Haisfischspecies „Squalus maximus“ an. Ein Preis von 30 Pfd. wurde dafür gefordert.

## Locales.

### Der constitutionelle Verein

in Laibach hielt gestern seine 55. Hauptversammlung ab.

Der Vorsitzende, Herr Dr. v. Schrei, ergriff das Wort, um die Wichtigkeit der bevorstehenden Ergänzungswahlen für den hiesigen Gemeinderath zu betonen. Der Redner bemerkte, daß jeder Gemeindegasse eifrigst bemüht sein solle, für das Wohlbefinden und Wohlbefinden seiner Gemeinde eifrigst mitzuwirken. Die Agenden der autonomen Gemeinde sind von größter Wichtigkeit. Die Gemeinde hat für Sicherheit der Person und des Eigenthums, für Sanitätspflege, Unterricht, gemeinnützige Anstalten und Arme zu sorgen. Die Wahl jener Männer, die berufen werden, diesen Agenden volle Rechnung zu tragen, kann für die Gemeinde nicht gleichgültig sein. Die Theilnahme der liberalen Partei an den bevorstehenden Ergänzungswahlen muß sich wieder zu einer recht lebhaften gestalten, die Resultate der jüngsten Epoche waren sehr günstige. Die gegnerische Partei erwies durch ihre Haltung, daß ihr an dem Gemeinwohl wenig liegt, daß sie nur egoistische Zwecke verfolgt. Die bisherige politischen Wahlsiege der liberalen Partei in der Landeshauptstadt übten ihre wohlthätige Wirkung auch auf das Land aus.

Der Gemeinderath der Landeshauptstadt hat seine Stimme jederzeit für Verfassung, Freiheit und Fortschritt erhoben. Unter dem liberalen Regime des Gemeinderathes der Neuzeit wurden wohlthätige und wissenschaftliche Anstalten ins Leben gerufen. Bei den bevorstehenden Ergänzungswahlen sollen wieder Männer gewählt werden, die in den liberalen Gemeinderathskörper passen. Die Candidaten aus dem gegnerischen Lager sind nicht zu fürchten. Der constitutionelle Verein in Laibach soll die Leitung dieser Ergänzungswahlen wieder in die Hand nehmen und das Wahlergebnis wird sicher wieder ein günstiges sein.

Herr Dr. Steiner stellt den Antrag: Der Ausschuß des constitutionellen Vereins in Laibach möge sich wieder als leitendes Wahlcomité constituieren und sich aus Mitgliedern dieses Vereins verstärken. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag des Herrn Dr. Steiner, daß bei der bisher üblichen Wahl der die Probewahlen leitenden Obmänner der einzelnen Wahlkörper eine Aenderung eintreten solle, wird dem constitutionellen Vereinsausschusse zur Berücksichtigung empfohlen.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergehend ergriff Herr Dr. Steiner das Wort. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, es sei eine Form, ein Mittel aufzufinden, um den constitutionellen Verein lebendiger, thätiger zu machen; es genüge nicht, über wichtige politische Fragen Vorträge zu halten und Anträge zu stellen, die in der Regel einstimmig angenommen werden, sondern es sei in erster Linie die Action der anticonstitutionellen Vereine zu bekämpfen. Wenn auch die Principien der Verfassung gesichert sind, dürfe die Action des constitutionellen Vereines nicht ermatten, nicht erlahmen. Redner stellt drei Anträge: 1. es habe sich der Ausschuß des constitutionellen Ver-

